

# PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 6. Juli 2011

## UNO betreibt Volksverdummung

**Die Kritik des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen an der deutschen Sozialpolitik ist in weiten Teilen unberechtigt und nicht nachzuvollziehen. Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, kommentiert den Bericht: „Die UNO-Ideologen haben keine Ahnung von Sozialer Marktwirtschaft und Deutschland, glauben aber umso fester an den allmächtigen Staat, den unmündigen Bürger und den Goldesel“.**

Anlässlich der heute medial verbreiteten Kritik an der deutschen Sozialpolitik durch den UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte stellt die Stiftung Marktwirtschaft fest: Die dem Bericht zugrunde liegenden Forderungen – u.a. Armutsbekämpfung, Diskriminierungsfreiheit, Würde des Menschen – sind elementare Ziele, aber auch weitgehend realisierte Bestandteile der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Die von den Vereinten Nationen im Bericht wenig differenziert formulierte Kritik ist in dieser Form grober Unfug.

Deutschland besitzt eines der am großzügigsten ausgestatteten Sozialsysteme (Platz 4 bei den Netto-Sozialleistungen im OECD-Vergleich), das jedem Bürger eine menschenwürdige Existenz garantiert, betont Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft. Aus einer relativen Armutsquote von 13 Prozent auf absolute Armut und menschenunwürdige Zustände in Deutschland zu schließen, sei unsinnig. Eine reale, d.h. in Gütern gemessene Verdopplung des verfügbaren Einkommens aller Menschen würde die relative Armutsquote, die als Relation zu einem Durchschnittseinkommen definiert ist, unverändert lassen. Der Lebensstandard hätte sich jedoch verdoppelt.

Von völliger Unkenntnis des deutschen Sozialstaats künde, so Eilfort, besonders die Feststellung, die Grundsicherung von Hartz-IV-Empfängern gewähre „keinen angemessenen Lebensstandard“. Abgesehen von der Frage, was „angemessen“ ist: Wissen die UNO-Ideologen eigentlich, dass die Grundsicherung ergänzt wird durch Zuschüsse für Wohnung und anderen Bedarf, durch Übernahme von Heizkosten und Fernsehgebühren? Arbeitslose in den USA, Russland, Nigeria, Indien, Portugal und fast allen anderen Ländern würden gern mit dem Lebensniveau, der Versorgung und den Wiedereingliederungschancen ihrer Schicksalsgenossen in Deutschland tauschen.

Unbegründet sei auch die Kritik, dass erwerbstätige Menschen mit einem geringen Einkommen ergänzende Sozialleistungen erhalten. Stiftungsvorstand Eilfort: „Die Aufstockung von niedrigen Erwerbseinkommen auf das sozioökonomische Existenzminimum ist gerade Beleg für einen funktionierenden Sozialstaat, in dem keiner durch das soziale Netz fällt.“ Ein genauerer Blick in die Statistik zeigt darüber hinaus, dass der UN-Bericht das vermeintliche Problem grob fahrlässig übertreibt, da es sich bei den sogenannten „Aufstockern“ vor allem um Personen handelt, die entweder nur Teilzeit arbeiten oder eine große Familie versorgen und daher entsprechend hohe Sozialleistungsansprüche haben.

Fraglos ist der deutsche Sozialstaat nicht perfekt. Viele der UN-Empfehlungen gehen jedoch völlig fehl. Stiftungsvorstand Michael Eilfort: „Was die Vereinten Nationen für die deutsche Sozialpolitik fordern, ist Volksverdummung und negiert elementare ökonomische Anreizeffekte“. Ein Sozialstaat kann und darf nicht allen Wunschträumen nachkommen, sonst setzen wir unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung aufs Spiel. Weder kann der Staat Arbeitsplätze selbst schaffen, Geld aus dem Hut zaubern noch den Bürgern diktieren, was sie frühstücken sollen. Vielmehr zeigt die positive Arbeitsmarktentwicklung der letzten Jahre, dass die Strategie der Hartz-Reformen, stärker auf Fördern und Fordern zu setzen, richtig ist. „Wir dürfen die Eigenverantwortung der Menschen nicht verkümmern lassen, sonst sind wir am Ende zwar alle gleich – aber tatsächlich arm.“

---

**Ansprechpartnerin**

Dr. Susanna Hübner  
Charlottenstraße 60  
D- 10117 Berlin

Telefon 030 – 20 60 57 33  
Fax 030 – 20 60 57 57